

II-10192 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4984/J

1993-06-17

## ANFRAGE

des Abgeordneten Srb, Freunde und Freundinnen

an den Bundesminister für Arbeit und Soziales

betreffend Verbesserung der Situation von gehörlosen Menschen

In Österreich sind rund 400.000 Menschen hörbehindert, davon sind rund 7.000 Menschen auf beiden Ohren gehörlos (Mikrozensus 1989).

Diesem Personenkreis fehlt noch immer wesentliche Unterstützung für die soziale Integration.

Österreich ist eines der letzten Länder Europas, welches die Gebärdensprache nicht offiziell anerkennt. Aus diesem Grund haben die Gehörlosen als sprachliche Minderheit einen sehr eingeschränkten Zugang zur Bildungs- und Berufswahl. Die Bereitstellung von Gebärdendolmetschern für alle Lebensbereiche und die Übernahme der Kosten durch die öffentliche Hand funktioniert nur sehr mangelhaft.

Es gibt viele Beispiele dafür, daß gehörlose Menschen Berufsausbildungen bzw. Umschulungen abbrechen müssen oder gar nicht machen können, weil es am notwendigen Dolmetscher mangelt.

Darüberhinaus ist es dringend notwendig, Arbeitsplätze für gehörlose Menschen zu schaffen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

## ANFRAGE

- 1) Planen Sie eine Novellierung des Bundespflegegeldgesetzes bzw. der Verordnung gem. § 4, Abs. 5, mit dem Ziel, daß gehörlose Menschen Pflegegeld bekommen um sich Gebärden-Dolmetscher finanzieren zu können? Wenn ja, wann?
- 2) Wenn nein, wie wollen Sie sonst sicherstellen, daß den Gehörlosen eine bestimmte Stundenanzahl von Dolmetscherdiensten pro Monat zur Verfügung gestellt wird?
- 3) Planen Sie, über die Landesinvalidenämter eine einheitliche Regelung herauszugeben, wieviel ein Dolmetscher als Stundensatz bekommt und welche Ausbildung er haben muß? Wenn nein, warum nicht?

- 4) In den meisten Bundesländern müssen die Betroffenen die Kosten für den Dolmetscher oft monatelang vorfinanzieren, bis sie den Betrag vom Landesinvalidenamt retourniert bekommen.  
Werden Sie den Landesinvalidenämtern eine Weisung erteilen, daß diese finanzielle Belastung für die Betroffenen wegfällt?  
Wenn nein, warum nicht?
- 5) Wie stehen Sie der Idee gegenüber, junge Lehramtsabsolventen für die ersten Jahre als Stützlehrer bei der Berufsausbildung und Weiterbildung Gehörloser einzusetzen?  
Gibt es diesbezüglich bereits Gespräche mit dem Unterrichtsminister?
- 6) Mit der Einführung von Planstellen in Gehörloseneinrichtungen für eine vielleicht befristete Zeit würde den Gehörlosen ein Arbeitsplatz im eigenen Lebensbereich geboten.  
Sind Sie bereit, sich bei den Ländern für die Schaffung derartiger Planstellen einzusetzen?  
Wenn nein, warum nicht?